

VI. Familienpolitik

Politik im Alltag der Familie

Edmund Görtler, Michael Beckmann,
Hans Rattinger

1. Einleitung

Das Verhältnis von Familie und Politik wird in der Familiensoziologie üblicherweise durch eine zunehmende Polarisierung von Privatsphäre und Öffentlichkeit charakterisiert. Die verstärkte Ausgrenzung der Privatsphäre aus dem Bereich des Öffentlichen wird dabei auf die besondere Funktion der modernen Kernfamilie zurückgeführt, die sich angesichts der Anforderungen einer hochkomplexen Gesellschaft immer mehr zu einem regenerativen "Schonraum" entwickelt hat und diese Funktion nur erfüllen kann, wenn sie ein Gegengewicht zu den komplexen Anforderungen der außerfamilialen Lebenswelt bildet. Die Folge ist ein zunehmender Strukturwiderspruch zwischen öffentlichem und privatem Bereich. Während der Bereich der Politik in besonderem Maße durch einen hohen Grad an Komplexität, Problemhaltigkeit, Konflikthaftigkeit und Unsicherheit (vgl. Schulze 1977, S. 26-27) gekennzeichnet ist, sind Familienstrukturen überwiegend einfach, übersichtlich, vertraut, emotional und personenbezogen. Verschärft wird dieser Strukturwiderspruch durch die soziale Isolation und den Privatismus der modernen Kernfamilie. Zur Stützung dieser These wird auf empirische Untersuchungen verwiesen, die zeigen, daß der Kontakt zu politischen Organisationen und Parteien relativ schwach ausgeprägt ist (vgl. u.a. Neidhardt 1975, S. 175), und wenig Neigung besteht, sich politisch zu engagieren (vgl. Wurzbacher/Kipp 1968, S. 23) und daß Kontroversen in der Familie selten politische Themen zum Gegenstand haben, sondern sich überwiegend auf private Familienangelegenheiten beziehen (Zweiter Familienbericht 1975, S. 33). Insgesamt wird der Familie nur eine geringe "Umwelttoffenheit" zugesprochen. Aus diesem Grunde besteht die Gefahr, daß sich die Familie immer mehr von dem öffentlichen bzw. politischen Bereich entfremdet und eine "Totalprivatisierung des Bewußtseins" erfolgt, die dann zu einer "inneren Emigration aus öffentlichen Bereichen" (Neidhardt 1975, S. 78) führt.

Demgegenüber steht die These, daß dieses Modell des Widerspruchs zwischen öffentlicher und privater Sphäre dazu geführt hat, spezifische Verschränkungen von Familie und Politik zu übersehen oder doch zumindest zu unterschätzen. Denn die These vom Defizit der Familie an politischer Umweltorientierung stützt sich im wesentlichen auf Materialien über direkte Kontakte der Familienmitglieder zum politischen Bereich. Vernachlässigt wurden dabei die indirekten Umweltkontakte, die zunehmend wichtiger geworden sind.

Technologischer und sozioökonomischer Wandel haben die politische Kommunikationsstruktur nachhaltig verändert. Der Kontakt zum politischen Bereich wird in immer stärkerem Maße über die Massenmedien hergestellt. Das Fernsehen ist dabei zum dominanten Informationsmedium geworden, ohne jedoch andere Informationsmedien wie Hörfunk und Tageszeitung zu verdrängen. Und die Materialien der Rezipientenforschung zeigen: Die Politik ist über die Massenmedien zunehmend in den privaten Schonraum der Familie vorgedrungen.

Die These von der zunehmenden Öffnung der Familie gegenüber dem politischen Bereich widerspricht der These vom Privatismus der Familie. Unklar ist bislang, welche Rolle Politik tatsächlich im Familienalltag spielt. Daß politische Informationen heutzutage in erster Linie über die Massenmedien in den "privaten Schonraum" der Familie eindringen, wobei dem Fernsehen in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle zugebilligt werden muß, wird kaum bestritten (vgl. Geissler 1982). Über die Art und Weise, wie massenmediale Informationen in den Familien aufgenommen und verarbeitet werden, ob sie nur oberflächlich "konsumiert" werden, ob sie Diskussionen auslösen, ob sie stimulierend auf die politische Subkultur der Familie wirken, darüber liegen bislang keine empirischen Daten vor (Hunziker 1976). Die vorliegende Untersuchung versucht hier Abhilfe zu schaffen, indem untersucht werden soll, welchen Gebrauch die Familienmitglieder von dem politischen Informationsangebot der Massenmedien machen, wie diese Informationen im Kontext der Familie kommunikativ verarbeitet werden und welche Konsequenzen sich daraus für die politischen Verhaltensbereitschaften der Familienmitglieder ergeben.

Ausgangspunkt der Analyse bildet das Vorliegen einer bestimmten Medienökologie. Unterschieden wird zwischen Print-Medien, Hörfunk (Radio) und Fernsehen, die in unterschiedlicher Weise und zu verschiedenen Zwecken genutzt werden können. Nutzung ist dabei eine notwendige Bedingung für die Aufnahme und Vermittlung politisch relevanter massenmedialer Informationen. Darüberhinaus wird untersucht, ob und in welcher Weise diese Informationen in der Familie diskursiv verarbeitet werden und welche Konsequenzen sich aus dem innerfamilialen Diskurs ergeben, sei es im Hinblick auf die Angleichung von Issue-Positionen, Parteipräferenzen oder ideologischen Präferenzen.

2. Fragestellung

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, empirisch zu klären, welche Rolle Politik im Familienalltag tatsächlich spielt. Inwieweit ist Politik tatsächlich über die Massenmedien in den privaten Schonraum der Familie eingedrungen und wenn das der Fall ist, wird sie dann in der Familie kommunikativ verarbeitet oder sind es eher außerfamiliale Beziehungsnetze, in denen Politik eine kommunikative Verarbeitung erfährt? Damit zusammen hängt die Frage, wie der Stellenwert der Familie für politische Gespräche im Hinblick auf andere Primärgruppen zu gewichten ist, ob sie tatsächlich für die

Familienmitglieder zur zentralen politischen Informationsverarbeitungsinstanz geworden ist.

Damit ist jedoch nur die eine Seite benannt. Gänzlich unberücksichtigt blieb bislang die Frage, zu welchen Konsequenzen eine intensivere politische Gesprächsfrequenz in der Familie führt. Denkbar ist, daß sich eine intensivere Verarbeitung von Politik auf den politischen Wissensstand der Familienmitglieder auswirkt, daß sich dadurch gemeinsame politische "Weltbilder" oder Deutungsmuster herausbilden oder daß eine intensivere Verarbeitung von Politik innerhalb des familialen Systems eine Homogenisierung politischer Präferenzen der Familienmitglieder bewirkt.

3. Datenbasis

Zur Untersuchung der Fragestellung wurde eine Längsschnittuntersuchung durchgeführt, die einen Zeitraum von zwanzig Jahren umfaßt (von 1961 bis 1980). Bei den verwendeten Datensätzen handelt sich um allgemeine, repräsentative Bevölkerungsumfragen der Jahre 1961 bis 1980¹ mit ca. 8500 Befragten.

Um den Prozeß der politischen Kommunikation in der Familie genauer zu erfassen, wurde zusätzlich eine Stichprobe von 158 Befragten, die willkürlich - nach dem Schneeballverfahren - aus dem gesamten Bundesgebiet ausgewählt wurden (wobei auf eine "Gleichverteilung" der Antworten bei den strukturellen Variablen geachtet wurde) im Jahre 1989 durchgeführt.

Bei den Befragten handelt es sich um Personen, die mit ihrem Partner/Ehepartner (mit oder ohne Kinder) in einem gemeinsamen Haushalt wohnen. Die Befragung bietet außerdem die Möglichkeit, die Haushalte gesondert zu analysieren, da jeweils beide Partner getrennt befragt wurden, so daß sich insgesamt 77 "Familien" ergeben, das heißt 77 verheiratete/nicht-verheiratete Paare mit und ohne Kinder. Dabei wurden nicht nur die Selbstperzeptionen der Befragten erhoben, sondern - als zusätzliche Erklärungsvariable - auch ihre Fremdperzeptionen bezogen auf den jeweiligen Partner oder Ehepartner.

4. Längszeitliche Untersuchung zum Wandel familialer Kommunikationsstrukturen

4.1. Die Familie als Adressat für politische Gespräche im Vergleich zu anderen Primärgruppen

Die Familie hat als Adressat für politische Gespräche seit 1969 gegenüber anderen Primärgruppen etwas an Bedeutung zugenommen. Vor 1969 ist ein leichtes Übergewicht zugunsten (außerfamilialer) Primärgruppen festzustellen, auch wenn insgesamt die politische Gesprächsfrequenz in beiden Bereichen im Durchschnitt eher niedrig ist.

Tabelle 1 zeigt, daß im Durchschnitt die Familie gegenüber anderen Primärgruppen nicht als dominanter Adressat für politische Gespräche angesehen werden kann. Vielmehr zeigt sich, daß Gespräche über Politik in beiden Bereichen (mit Ausnahme des Jahres 1972) im Mittel kaum eine Rolle spielen.

Tabelle 1: Gespräche über Politik in der Familie/mit Freunden insgesamt. Mittelwerte.

	1961	1965	1967	1969	1972	1980
FAMILIE	1.34	1.45	1.48	1.43	2.12	1.67
FREUNDE	1.43	1.65	1.54	1.43	2.02	1.66

Codierung:

- 1: Gespräche über Politik selten oder nie
2: Gespräche über Politik gelegentlich
3: Gespräche über Politik häufig

Insgesamt muß man jedoch zu dem Schluß kommen, daß in der überwiegenden Zahl der Fälle weder die Familie noch der Freundeskreis als Adressat für politische Gespräche eine Rolle spielt. Damit scheint die These von der Irrelevanz des Primärbereichs für politische Kommunikation bestätigt zu werden, obwohl diese These längst nicht auf alle Fälle zutrifft, und nicht für alle Jahre des Untersuchungszeitraumes Gültigkeit beanspruchen kann.

Männer sprechen durchgängig mehr mit Freunden und Bekannten über Politik als mit der Familie, während es bei Frauen genau umgekehrt ist. Männer scheinen also, was politische Gespräche anbelangt, bezogen auf die Familie etwas stärker "außenorientiert", Frauen eher "binnenorientiert" zu sein, obwohl politische Gespräche in beiden Gruppen im Mittel eher die Ausnahme sind.

Die These, daß sich mit zunehmender Schulbildung typische schichtenspezifische Unterschiede in der politischen Gesprächsfrequenz zeigen, läßt sich auch den Daten dieser Untersuchung entnehmen. In den stärker politisierten oberen Schichten scheinen politische Gespräche häufiger stattzufinden als in den unteren Schichten.

Die Vermutung, daß mit der Berufstätigkeit der Frauen eine verstärkte Außenorientierung einsetzt, die ihren Niederschlag in der politischen Kommunikationsstruktur findet, läßt sich anhand der vorliegenden Daten nicht bestätigen.

Wenn Frauen über Politik reden, dann sprechen sie im Durchschnitt mehr mit der Familie über Politik als im Freundeskreis, gleich, ob sie berufstätig sind oder nicht.

4.2. Gespräche über Politik in Abhängigkeit von politischer Mediennutzung und politischem Interesse

Um die politische Mediennutzung zu erfassen, wurde ein Index konstruiert, der die Nutzung verschiedener Medien wie Fernsehen, Rundfunk und Print-Medien für politische Informationen beinhaltet. Wie Tabelle 2 zeigt, hat die politische Mediennutzung von 1961 bis 1980 erheblich zugenommen, was sicherlich auf die verstärkte Nutzung des Fernsehens als politisches Informationsmedium zurückzuführen ist.

Besonders klar wird die Zunahme politischer Mediennutzung, wenn man sich die Prozentzahlen anschaut. Während im Jahr 1961 nur 0,9 % der Gesamtbevölkerung eine hohe politische Mediennutzung aufwies, stieg dieser Prozentsatz in einem Zeitraum von 20 Jahren auf über 50 %. Spiegelbildlich dazu verringerte sich der Prozentsatz jener mit geringer politischer Mediennutzung. Er fiel von 71 % auf ca. 8 %.

Tabelle 2: Entwicklung der Mediennutzung (Gesamtbevölkerung). Prozentangaben.

	1961	1965	1967	1969	1972	1980
POLITISCHE MEDIEN-NUTZUNG						
hoch	0.9	16.6	27.8	40.9	69.4	52.8
mittel	28.4	45.2	37.2	47.1	15.4	39.4
niedrig	70.7	38.2	35.0	12.0	15.2	7.8

Wie wirkt sich nun das politische Interesse auf die politische Kommunikationsfrequenz in der Familie aus? Daß ein verstärktes politisches Interesse mit einer Zunahme politischer Kommunikation einhergeht, ist nicht überraschend. Interessant ist jedoch, daß mit zunehmendem politischem Interesse bei verheirateten Frauen seit 1969 sich auch die politische Gesprächshäufigkeit in der Familie erhöht, während vorher politisches Interesse eher mit einer verstärkten Kommunikation im Freundes- und Bekanntenkreis einherging. Bei den verheirateten Männern läßt sich eine solche "Trendwende" nicht feststellen, obwohl der Freundes- und Bekanntenkreis in seiner Bedeutung für politische Gespräche gegenüber der Familie über die Zeit hinweg abnimmt.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus der bisherigen Analyse ziehen? In der Tat deuten die Ergebnisse darauf hin, daß sich in den oberen Schichten ein Wandel in der politischen Kommunikationsstruktur der Familie vollzogen hat. Bedingt durch eine intensive politische Mediennutzung, insbesondere die des Fernsehens, verlagert sich die politische Kommunikation etwa seit 1969 zunehmend in die Familie, wobei insbesondere die Frauen für diesen Wandel verantwortlich sind. Denn es sind insbesondere die verheirateten, politisch interessierten Frauen aus den oberen Bildungsschichten, die nun vermehrt das politische Gespräch in der Familie suchen, so daß auch für die Männer (seit 1969) die Familie für politische Gespräche wichtiger wird.

Die These, daß Politik über die Massenmedien, insbesondere über das Fernsehen, in den privaten "Schonraum" der Familie eingedrungen ist und zu einer Intensivierung der politischen Kommunikation in der Familie beigetragen hat, muß also im Hinblick auf die oberen Bildungsschichten relativiert werden. Für die unteren Bildungsschichten gilt sie nicht.

Offen bleibt bislang die Frage, welche Konsequenzen sich aus einer vermehrten Gesprächshäufigkeit über Politik in der Familie ergeben. Bewirken häufige Gespräche über Politik z.B. eine Erhöhung des politischen Informationsstandes oder gleichen sich dadurch zum Beispiel die Parteipräferenzen der Familienmitglieder an?

4.3. Gespräche über Politik als unabhängige Variable

Zunächst wurde der kognitive Aspekt politischer Gespräche untersucht, d.h. die Frage, ob sich durch Gespräche in der Familie der politische Wissensstand erhöht. Dazu wurde ein Index gebildet, der den Grad des politischen Sachwissens zum Ausdruck bringt. Bei der Berechnung wurden folgende Variablen kontrolliert: politische Mediennutzung, politisches In-

teresse und Schulbildung und untersucht, wie viel politische Gespräche *zusätzlich* zur Varianzaufklärung beitragen, wenn man die genannten Faktoren konstant hält.

Politische Gespräche tragen weder in der Familie noch im Freundes- oder Bekanntenkreis kaum etwas zum politischen Wissensstand bei. Am ehesten zeigt sich noch ein Effekt bei den verheirateten Männern, bei denen politische Gespräche im Freundes- oder Bekanntenkreis mit dazu beitragen, daß sich ihr politischer Wissensstand erhöht (wenn auch die Varianzaufklärung mit 2,5 % gering ist). Politische Gespräche in der Familie haben dagegen weder bei Frauen noch bei Männern einen Einfluß auf ihren politischen Wissensstand. Wie läßt sich dieser Tatbestand erklären? Die einfachste Erklärung wäre, daß weder Frauen noch Männer in der Familie politische Sachthemen erörtern und wenn, dann bevorzugen verheiratete Männer offenbar den Freundes- oder Bekanntenkreis. Verwunderlich ist jedoch, daß sich bei den Frauen kein Effekt nachweisen läßt, obwohl doch für sie die Familie die zentrale Instanz für politische Gespräche ist. Eine mögliche Erklärung hierfür liefert der nachfolgende Sachverhalt: Danach befragt, wie sehr sie persönlich auf Gespräche innerhalb der Familie vertrauen, wenn sie sich eine Meinung über politische Vorgänge bilden wollen, antworten 1978 78 %, daß sie Gesprächen innerhalb der Familie kein großes Vertrauen entgegenbringen, wenn es um politische Angelegenheiten geht (1980 sind es sogar 83 %), wenn, dann bringen sie dieses Vertrauen noch eher ihren Freunden und Bekannten entgegen als der Familie.

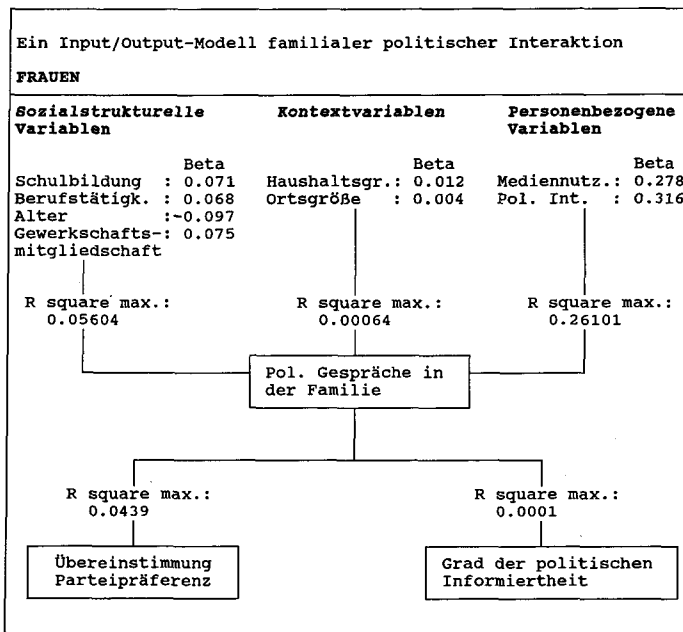
Etwas anders verhält es sich, wenn es um die Übereinstimmung der Parteipräferenzen mit dem Ehepartner geht. Hier stimmt ein größerer Prozentsatz von Frauen mit ihren Ehepartnern überein, wenn sie häufig oder gelegentlich in der Familie über Politik diskutieren, während ein größerer Prozentsatz dann nicht übereinstimmt, wenn politische Gespräche eher selten oder nie stattfinden. Bei den verheirateten Männern dagegen ist das Bild uneinheitlich. Während für 1969 sich eine ähnliche Verteilung wie bei den Frauen ergibt, stimmt ein größerer Prozentsatz 1980 dann nicht mit den Parteipräferenzen des Ehepartners (oder der Freunde) überein, wenn politische Gespräche eher die Ausnahme sind. Aus diesen Ergebnissen läßt sich der Schluß ziehen, daß die Parteipräferenz für die Gesprächshäufigkeit, sei es in der Familie, sei es im Freundes- oder Bekanntenkreis, bei verheirateten Männern keine Rolle spielt.

4.4. Ein Input/Output-Modell familialer politischer Kommunikation

Abschließend soll noch einmal ein Überblick über die verschiedenen Einflußgrößen gegeben und ihre Wirkungen auf die politische Gesprächsfrequenz in der Familie zusammenfassend beurteilt werden. Im Modell in Abbildung 1 (exemplarisch für Frauen) fungieren sozialstrukturelle Variablen, Kontextvariablen und personenbezogene Variablen als Input-Größen, die Übereinstimmung der Parteipräferenzen und der Grad der politischen Informiertheit als Output-Variablen. Wie aus dem Modell hervorgeht, hängt die politische Gesprächsfrequenz in der Familie allein von personen-

bezogenen Variablen ab, also von der politischen Mediennutzung und dem politischen Interesse, wobei bei den Frauen das politische Interesse den größten Einfluß auf die politischen Gespräche in der Familie hat, während bei den Männern die politische Mediennutzung überwiegt. Alle anderen möglichen Einflußgrößen haben keinen Effekt auf die politische Kommunikation in der Familie. Daß sich auf der Output-Seite bei den Männern keine Effekte zeigen, ist nicht weiter verwunderlich, da für sie der Freundes- und Bekanntenkreis die dominante Bezugsgröße zu sein scheint, wenn es um Politik geht. Bei den Frauen zeigt sich ein leichter Zusammenhang zwischen den politischen Gesprächen und der Übereinstimmung der Parteipräferenzen mit dem Ehepartner ($r = .21$), wobei freilich die Art der Einflußrichtung offen bleibt (Abb. 1). Denkbar ist, daß politische Gespräche die Übereinstimmung fördern, wie auch, daß eine hohe Übereinstimmung die Gesprächshäufigkeit erhöht. Insgesamt zeigt sich jedoch nur ein geringer Effekt und wenn, dann noch am ehesten bei den Frauen, was konsistent ist mit unseren bisherigen Ergebnissen.

Abb. 1: Beta-Koeffizienten und Varianzerklärung. Abhängige Variable: Politische Gespräche in der Familie. Jahr: 1980.



Daß politische Gespräche in der Familie kaum Auswirkungen auf den politischen Wissensstand oder auf die Übereinstimmung der Parteipräferenzen der Ehepartner haben (obwohl sich bei den Frauen durchaus ein Zusammenhang nachweisen läßt), mag auch darauf zurückgeführt werden, daß die Variable "Grad der politischen Informiertheit" mit den erhobenen Fragen nicht adäquat operationalisiert werden konnte. Hier zeigt sich eine generelle Schwäche allgemeiner Bevölkerungsumfragen, die oft weder Variablen noch die Instrumente enthalten, um spezielle Fragestellungen gezielt zu untersuchen. Was not tut, sind daher Spezialuntersuchungen zur kommunikativen Verarbeitung von Politik im Alltag der Familie und den sich daraus ergebenden Konsequenzen, sei es auf der kognitiven, sei es auf der affektiven Ebene, so wie es im folgenden ansatzweise versucht wird.

5. Der Einfluß der Massenmedien auf die politische Kommunikation in der Familie

5.1. Politische Mediennutzung in der Familie

Daß die Befragten das politische Informationsangebot der Massenmedien relativ selektiv und zu ganz bestimmten Zwecken nutzen, soll im folgenden gezeigt werden. Eine Variable, die hierauf einen maßgeblichen Einfluß hat, ist das politische Interesse. Diese Variable wurde nach verschiedenen Politikbereichen differenziert. Gefragt wurde, wie stark das politische Interesse der Befragten (a) für Kommunalpolitik, (b) für Landespolitik, (c) für Bundespolitik und (d) für Europa- und Weltpolitik ist. Die Antwortvorgaben reichten von sehr stark bis gar nicht mit jeweils fünf Abstufungen.

Bei der politischen Mediennutzung wurde zunächst zwischen (a) Print-Medien, (b) Hörfunk und (c) Fernsehen unterschieden und für jede Medienart ein Nutzungsindex berechnet. Gefragt wurde, wie häufig die Befragten ein politisches Magazin, eine Wochenzeitung, eine Tageszeitung lesen, wie oft sie sich die Nachrichten im Radio anhören, wie oft sie sich Nachrichten im Fernsehen ansehen und wie häufig politische Sendungen. Außerdem wurde noch danach gefragt, wie häufig die Befragten den politischen Teil einer Tageszeitung lesen.

Tab. 3: Politisches Interesse und politische Mediennutzung. Korrelationen.

		Interesse für			
		Kommunal- Politik	Landes- Politik	Bundes- Politik	Europa-/ Welt- Politik
Politische Medien- nutzung	Print	.44	.35	.50	.45
	Fern	.28	.35	.44	.34
	Radio	.17	.17	.09	.12

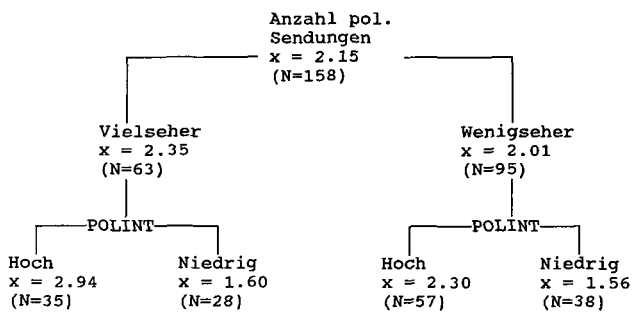
Korreliert man das Interesse für verschiedene Politikbereiche mit der Art der Mediennutzung, so zeigt sich, daß die Print-Medien nicht nur gegenüber den anderen Medienarten stärker genutzt werden, wenn es gilt, sich politisch zu informieren, sondern daß sie insbesondere dann herangezogen werden, wenn es gilt, sich über Kommunal- oder Bundespolitik zu unterrichten. Dem Fernsehen kommt insbesondere bei der Bundespolitik eine stärkere Bedeutung zu, während das politische Informationsangebot des Rundfunks kaum genutzt wird (vgl. Tabelle 3).

Wie Tabelle 3 deutlich macht, sind für politisch Interessierte die Print-Medien die dominante Informationsquelle und nicht das Fernsehen. Außerdem werden je nach politischem Interesse für bestimmte Politikbereiche die Medien unterschiedlich genutzt. Bezogen auf die Gesamtpopulation nutzen politisch Interessierte jedoch nicht nur die Print-Medien überdurchschnittlich stark, sondern auch das Fernsehen, um sich politisch zu informieren, während politisch weniger Interessierte in erster Linie das politische Informationsangebot des Fernsehens zu nutzen scheinen.

Eine genauere Aufschlüsselung dieses Zusammenhanges bietet die nachfolgende Analyse. Anhand eines Fernsehprogramms für einen ganz normalen Wochentag, wurden die Befragten gebeten, jene Sendungen anzukreuzen, die sie sich normalerweise anschauen. Vercodet wurde die Anzahl der politischen Sendungen. Sodann wurde zwischen "Vielsehern" (mehr als zwei Stunden Fernsehen pro Tag) und "Wenigsehern" (bis zwei Stunden Fernsehen pro Tag) unterschieden. Als weiteres Unterscheidungskriterium diente das politische Interesse (hoch versus niedrig). Anhand dieser Unterscheidungskriterien wurde ein Gruppenvergleich durchgeführt, der in Abbildung 2 wiedergegeben ist.

Wie diese Abbildung zeigt, schauen sich die politisch interessierten "Vielseher" die meisten politischen Sendungen im Fernsehen an. Sie liegen deutlich über dem Durchschnitt. Die politisch weniger interessierten "Vielseher" sehen sich dagegen im Durchschnitt genauso viele politische Sendungen an wie die politisch desinteressierten "Wenigseher". Dieses Ergebnis spricht dafür, daß sich politisch weniger interessierte "Vielseher" politische Sendungen nicht einfach

Abb. 2: Gruppenvergleich im Hinblick auf die Anzahl politischer Fernsehsendungen. Mittelwerte. POLINT = Politisches Interesse.



"mitanschauen", genauso wie sich sagen läßt, daß politisch interessierte "Wenigseher" offenbar politische Sendungen ganz gezielt ansehen, da sie sich im Durchschnitt fast ebenso viele politische Sendungen anschauen wie die politisch interessierten "Vielseher". Insgesamt zeigen die Ergebnisse, daß politisch Interessierte offenbar von dem politischen Informationsangebot des Fernsehens im Durchschnitt einen vergleichsweise regen Gebrauch machen, vor allen Dingen jene, die ohnehin viel fernsehen.

5.2. Gespräche über Politik in der Familie

Um die Gesprächsfrequenz über verschiedene Politikbereiche zu erfassen, wurden die Befragten gebeten, anzugeben, wie häufig sich bei ihnen zu Hause die Gespräche um (a) Kommunalpolitik, (b) Landespolitik, (c) Bundespolitik und (d) Europa-/oder Weltpolitik drehen. Die Antwortvorgaben reichten von sehr häufig bis nie mit jeweils fünf Abstufungen. Gleichzeitig wurde das Interesse für die einzelnen Politikbereiche erfaßt und mit der jeweiligen Gesprächsfrequenz in Beziehung gesetzt. Die Ergebnisse dieser Analyse finden sich in der nachfolgenden Tabelle 4:

Tab. 4: Gespräche über verschiedene Politikbereiche in Abhängigkeit vom politischen Interesse. Korrelationen.

	Interesse für			
	Kommunal-Politik	Landes-Politik	Bundes-Politik	Welt-Politik
Gespräche über Kommunal-Politik	0.61	0.35	0.11	0.05
Landes-Politik	0.29	0.60	0.25	0.21
Bundes-Politik	0.17	0.38	0.56	0.45
Welt-Politik	-0.10	0.06	0.31	0.59

Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, finden Gespräche über die verschiedenen Politikbereiche um so häufiger statt, je mehr sich die Befragten für den jeweiligen Politikbereich interessieren. Je mehr sie sich jedoch für kommunalpolitische Probleme interessieren, desto *weniger* wird in der Familie über überregionale Politikbereiche gesprochen und je mehr sie sich für überregionale Politikbereiche interessieren, desto *weniger* sind kommunalpolitische Themen Gesprächsgegenstand in der Familie.

Zur Klärung der Frage, in welcher Weise sich die Nutzung der verschiedenen Medien auf die *Kommunikationsintensität* in der Familie auswirkt, wurde danach gefragt, *in welcher Form* die Befragten in der Familie darüber reden, wenn sie sich Nachrichten oder politische Sendungen im Fernsehen anschauen, wenn sie den politischen Teil einer Tageszeitung lesen, wenn sie sich die Nachrichten im Radio anhören. Unterschieden wurde zwischen folgenden Kommunikationsformen: (a) Wir machen ein paar kurze *Bemerkungen*, (b) Wir *unterhalten uns* darüber, (c) Wir *diskutieren* ausführlich darüber. Jede Kommunikationsform enthielt fünf Abstufungen von sehr häufig bis nie. Diese verschiedenen Kommunikationsformen wurden dann mit der Nutzungsintensität der verschiedenen Medien in Beziehung gesetzt. Die Ergebnisse der Analyse finden sich in Tabelle 5.

Die Print-Medien lösen am ehesten kurze Bemerkungen aus, während das Fernsehen offenbar besonders Unterhaltungen und Diskussionen in der Familie zu stimulieren scheint. Die intensive Nutzung des politischen Informationsangebots des Fernsehens wirkt sich somit besonders stimulierend auf die politische Subkultur der Familie aus und gibt jenen Unrecht,

Tab. 5: Kommunikationsformen in Abhängigkeit von der Nutzungsintensität verschiedener Medien. Beta-Koeffizienten und Varianzerklärung.

Abhäng. Var.	Unabhäng. Var.	Beta	sign.	Adj.R ²	Corr.
BEMERK	PRINT	0.289	0.0000	0.218	0.38
	FERN	0.166			0.35
	RADIO	0.207			0.25
UNTERH.	PRINT	0.183	0.0000	0.264	0.32
	FERN	0.325			0.45
	RADIO	0.214			0.30
DISKUSS	PRINT	0.217	0.0000	0.223	0.35
	FERN	0.257			0.39
	RADIO	0.216			0.30

die behaupten, das Fernsehen sei in besonderer Weise geeignet, die Kommunikation in der Familie zu unterbinden.

Daß das Fernsehen am ehesten geeignet ist, Gespräche über Politik auszulösen, macht auch die nachfolgende Tabelle 6 deutlich. Danach befragt, was in der Familie Gespräche über Politik auslöst, (a) Nachrichten oder Sendungen im Radio, (b) Nachrichten oder Sendungen im Fernsehen, (c) Meldungen oder Artikel in der Zeitung, (d) Ereignisse oder Vorkommnisse im Betrieb, (e) Ereignisse oder Begebenheiten im Alltag, gaben die Befragten im Durchschnitt zur Antwort, daß Nachrichten oder politische Sendungen im Fernsehen häufig zu politischen Gesprächen Anlaß geben. Dabei reichten die Antwortvorgaben von nie bis sehr häufig mit jeweils fünf Abstufungen.

Tab. 6: Auslöser für politische Gespräche. Mittelwerte.

	x
Auslöser Nachrichten Radio	3.52
Auslöser Nachrichten Fernsehen	3.97
Auslöser Meldungen Zeitung	3.60
Auslöser Ereignisse Betrieb	2.39
Auslöser Ereignisse Alltag	2.78

Aber es sind nicht nur die politischen Medieninhalte, die Anstöße für politische Gespräche in der Familie geben, sondern auch die einzelnen Familienmitglieder (sowie Freunde und Bekannte). Wie Tabelle 7 zeigt, scheinen Männer besonders häufig den Anstoß für politische Gespräche zu geben, etwas weniger dagegen die Frauen (und zwar sowohl aus der Sicht der Männer als auch aus der Sicht der Frauen). Interessant ist jedoch, daß auch die Kinder relativ häufig politische Gespräche in der Familie initiieren (und zwar weitaus häufiger als Freunde und Bekannte).

Tab. 7: Anstoß für politische Gespräche aus der Sichtweise der Familienmitglieder. Prozentangaben und Mittelwerte.

	Anstoß für politische Gespräche			
	selbst	Ehep.	Kinder	Freunde
männl.	3.500	3.043	2.610	2.672
weibl.	3.101	3.410	2.763	2.621

Dieser Befund deckt sich mit unseren bisherigen Ergebnissen, da insbesondere das Fernsehen dazu angetan ist, Unterhaltungen und Diskussionen in der Familie zu stimulieren, so daß es nicht verwundert, wenn auch die Kinder in diesem Kontext sich verstärkt daran beteiligen bzw. von sich aus das Gespräch auf politische Themen bringen.

5.3. Auswirkungen der familialen politischen Kommunikation

Zu welchen Konsequenzen führt nun der politische Diskurs in der Familie? Gleichen sich z. B. durch den politischen Dis-

kurs die Parteipräferenzen an oder bewirkt der politische Diskurs eine Angleichung der ideologischen Präferenzen? Erhöht sich durch den politischen Diskurs der Grad der politischen Informiertheit oder führt er eher zu einer Annäherung der Issue-Positionen der Familienmitglieder? Zur Untersuchung dieser Fragen wurden (a) die Parteipräferenzen (Selbst- und Fremdperzeption), (b) die ideologische Selbsteinstufung und die des Ehepartners oder Partners auf einer Links-Rechts-Skala, (c) der politische Kenntnisstand und (d) die Beurteilung bestimmter politisch kontroverser Issues (Selbst- und Fremdbeurteilung) erhoben.

Die Parteipräferenzen wurden mittels der "Parteieneigungsfrage" erfaßt ("Wenn Sie es einmal insgesamt betrachten, würden Sie dann sagen, Sie neigen alles in allem einer bestimmten Partei eher zu als den anderen oder ist das bei Ihnen nicht der Fall?" "Wissen Sie, welcher Partei Ihr Ehepartner/Partner am ehesten zuneigt?").

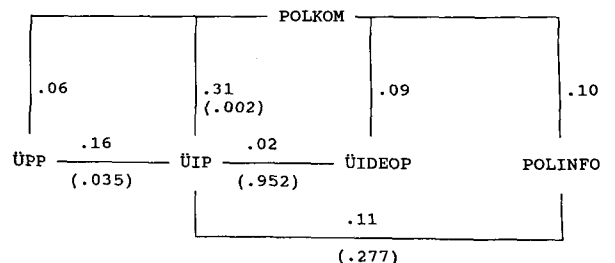
Die ideologischen Präferenzen wurden mittels einer Links-Rechts-Skala mit elf Abstufungen erhoben (Selbst- und Fremdperzeption).

Der "politische Kenntnisstand" bzw. der "Grad der politischen Informiertheit" wurde gemessen, indem den Befragten eine Reihe von Fragen vorgelegt wurde, die sich auf ihr politisches Sachwissen beziehen.

Bei den Parteipräferenzen und den ideologischen Präferenzen handelt es sich um relativ "fixe" Größen, um langfristige Dispositionen, an denen der politische Diskurs in der Familie kaum etwas ändern dürfte. Dagegen ist die Beurteilung von Issue-Positionen eine relativ variable Größe, die noch am ehesten durch den politischen Diskurs zu beeinflussen ist, so daß sich in diesem Bereich die stärksten Effekte zeigen dürften.

Um diese Vermutungen zu überprüfen, wurde zunächst ein Kommunikationsindex gebildet, der die Häufigkeit zum Ausdruck bringt, mit der in der Familie über Landes-, Bundes-, Europa- und Weltpolitik gesprochen wird. Sodann wurde für die verschiedenen Skalen ein Differenzindex konstruiert, der den jeweiligen Grad der Übereinstimmung im Hinblick auf (a) Parteipräferenzen, (b) ideologische Präferenzen und (c) Issue-Positionen beinhaltet. Schließlich wurde noch eine Variable gebildet, die den politischen Kenntnisstand (durch Aufsummierung der "richtigen" Antworten) mißt. Die auf diese Weise gebildeten Variablen wurden dann wie folgt in Beziehung gesetzt:

Abb. 3: Politische Diskursprozesse in der Familie und ihre Konsequenzen.



Multiple R .38858
 R Square .15100
 Adjusted R Square .11634
 Standard Error 4.49234

POLKOM = Politische Kommunikation
 ÜPP = Übereinstimmung Parteipräferenz
 ÜIP = Übereinstimmung Issue - Positionen
 ÜIDEOP = Übereinstimmung ideologische Präferenzen
 POLINFO = Grad der politischen Informiertheit

Wie erwartet, wirkt sich der politische Diskurs in der Familie besonders auf eine Angleichung der Issue-Positionen aus. Die relativ "fixen" Größen, wie Partei- oder ideologische Präferenzen, werden dagegen durch den politischen Diskurs kaum beeinflusst. Gleiches gilt für den Grad der politischen Informiertheit. Der politische Diskurs führt also in der Familie zu einer ähnlichen Beurteilung politisch kontroverser Issues, was konsistent ist mit vielen Ergebnissen der Sozialpsychologie (vgl. Homans 1961).

Tab. 8: Die Beziehung zwischen Issue - Positionen und Wahlabsicht. Prozentangaben. ÜIP = Übereinstimmung Issue - Positionen; ÜWA = Übereinstimmung Wahlabsicht

		ÜIP		
		hoch	niedrig	N
ÜWA	ja	65.7 75.3	46.8 24.7	60
	nein	34.3 58.3	53.2 41.7	89
N		102	47	149

Wenn die Familienmitglieder issue-orientiert wählen, so müßte sich die Übereinstimmung in den Issue-Positionen auch in Ihrer Wahlabsicht ausdrücken, das heißt, daß eine hohe Übereinstimmung in der Beurteilung politischer Fragen auch zu einer hohen Übereinstimmung ihrer Wahlabsicht führt. Wie die nachfolgende Tabelle 8 zeigt, ist das in der Mehrzahl der Fälle auch der Fall.

Die Tabelle 8 gibt einen Hinweis darauf, daß Familienmitglieder, die politische Fragen ähnlich beurteilen, meist auch die gleiche Partei wählen wollen. Wenn demnach der politische Diskurs in der Familie dazu führt, daß politische Fragen von den Familienmitgliedern ähnlich beurteilt werden und diese sich bei einer Wahl issue-orientiert verhalten, so ist zu erwarten, daß diese Familien zu einer ähnlichen Wahlentscheidung gelangen und die gleiche Partei wählen. Wenn dem so ist, so kommt dem politischen Informationsangebot des Fernsehens eine zentrale Bedeutung für die Meinungsbildung in der Familie zu, da sich die Familienmitglieder bei bundespolitischen Angelegenheiten in erster Linie über das Fernsehen informieren und dieses Medium in besonderer Weise geeignet ist, politische Diskursprozesse in der Familie auszulösen.

6. Schlußbemerkungen

Auch wenn das Fernsehen für viele Familien eine zentrale politische Informationsquelle darstellt, so kann man daraus nicht schließen, daß das Fernsehen besonders geeignet ist, die Familienmitglieder in ihren politischen Ansichten und Meinungen zu beeinflussen. Dagegen spricht, daß sich politisch Interessierte verstärkt über die Print-Medien informieren.

Man kann daraus nur schließen, daß sich das Fernsehen besonders stimulierend auf die politische Subkultur der Familie auswirkt, indem es Unterhaltungen oder Diskussionen provoziert, was nicht zuletzt mit dem Zeitbudget der Familienmitglieder zusammenhängt. Eine direkte Beeinflussung des Fernsehens ist daher eher unwahrscheinlich, da sich die Meinungsbildung in einem komplexen Prozeß sozialer Interaktionen vollzieht, in den sehr unterschiedliche Informationen (aus unterschiedlichen Informationsquellen) einfließen. Unidirektionale Wirkungsmodelle sind also viel zu simpel, da sie den Kontext der politischen Meinungsbildung ausblenden. Wie die Analyse ergeben hat, kommt dem Fernsehen in der Tat eine ganz entscheidende Bedeutung zu, aber nicht im Sinne eines "Meinungsmachers", sondern vielmehr im Sinne eines "Instigators" oder "Anregers" politischer Gespräche. Außerdem scheint das Fernsehen als Primärinformationsquelle überschätzt zu werden, da für politisch Interessierte die Print-Medien neben dem Fernsehen Hauptinformationsquelle geblieben sind (zumal, wenn es um kommunalpolitische Probleme geht). Auch jene, die sich hauptsächlich über das Fernsehen informieren, scheinen politische Sendungen nicht einfach "mitanzuschauen", sondern gehen je nach politischem Interesse relativ selektiv bei der Auswahl der Fernsehsendungen vor. Das Fernsehen ist also nicht die primäre politische Informationsquelle, es ist allerdings für politisch interessierte Familien der Ort, an dem politische Gespräche stattfinden. Diese Funktion des Fernsehens (im Sinne eines Forums des politischen Diskurses) darf daher nicht mit möglichen Persuasions-Prozessen durch das Medium verwechselt werden.

Literatur

- Geissler, R. (1982): Neue Entwicklungen im Verhältnis von Familie und Politik, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 8, S. 451-468.
- Homans, G.C. (1961): Social Behavior - Its Elementary Forms, New York.
- Hunziker, P. (1976): Fernsehen und interpersonelle Kommunikation in der Familie, in: Publizistik, 21. Jg., S. 180-195.
- Katz, E., Lazarsfeld, P.F. (1962): Persönlicher Einfluß und Meinungsbildung, Wien.
- Katz, E. (1959): Mass Communications Research and the Study of Popular Culture, in: Studies in Public Communication, Vol. 2.
- Kiefer, M.L. (1980): Massenkommunikation 1964-1980, in: Berg, K., Kiefer, M.-L. (Hg.): Massenkommunikation II, Frankfurt, S. 7-198.
- Klapper, J.T. (1960): The Effects of Mass Communication, Glencoe.
- Neidhardt, F. (1975): Systemtheoretische Analysen zur Sozialisationsfähigkeit der Familie, in: Neidhardt, F. (Hg.): Frühkindliche Sozialisation. Theorien und Analysen, Stuttgart, S. 162-187.
- Renckstorf, K. (1973): Alternative Ansätze der Massenkommunikationsforschung: Wirkungs- versus Nutzenansatz, in: Rundfunk und Fernsehen, Vol. 21, S. 183-197.
- Renckstorf, K. (1974): Massenmedien, Gesellschaft und sozialwissenschaftliche Kommunikationsforschung, in: Hans-Bredow-Institut (Hg.): Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1973/1975, Hamburg, S. 5-28.
- Renckstorf, K. (1977): Neue Perspektiven in der Massenkommunikationsforschung, Berlin.
- Schulze, G. (1979): Politisches Lernen in der Alltagserfahrung, München.
- Wurzbacher, G., Kipp, H. (1968): Das Verhältnis von Familie und öffentlichem Raum unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland, in: Wurzbacher, G. (Hg.): Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart.
- Zweiter Familienbericht (hg. vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit), Bonn-Bad Godesberg 1975.

Anmerkungen

1. Folgende Umfragen wurden verwendet:

Baumert, G./Scheuch, E.W./Wildenmann, R.: Kölner Wahlstudie, Voruntersuchung September 1961, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, ZA.-Studie Nummer 0056, Köln 1978.

Kaase, M./Wildenmann, R.: Bundestagswahl 1956, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, ZA.-Studie Nummer 0556, Köln 1979.

Kaase, M./Schleth, U.: Politik in der Bundesrepublik, (November 1967), Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, ZA.-Studie Nummer 0524, Köln 1979.

Kaase, M./Schleth, U.: Politik in der Bundesrepublik, (August 1969), Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, ZA.-Studie Nummer 0525, Köln 1979.

Berger, M. u.a.: Wahlstudie 1972, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, ZA.-Studie Nummer 0635, Köln 1979.

Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahlstudie 1980. Voruntersuchung September 1980, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, ZA.-Studie Nummer 1053, Köln 1981.

Konrad-Adenauer-Stiftung: A-Panel-80, 1. Welle 11/1978 und 3. Welle 09/80, St. Augustin 1984.